Koalitionsvertrag 2024-2029



zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD),
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der
Freien Demokratischen Partei (FDP) für den Bezirk Hamburg-Nord

SPD Hamburg-Nord

CDU Kreisverband Hamburg-Nord

Freie Demokraten FDP

PRÄAMBEL

Die Fraktionen von SPD, CDU und FDP haben sich in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord zur gemeinsamen Zusammenarbeit in einer modernen und urbanen Großstadtkoalition zusammengeschlossen. Geeint in dem Wunsch, den Bezirk Hamburg-Nord lebhaft, modern und gut aufgestellt für eine herausfordernde Zukunft zu gestalten, bringen wir unsere verschiedenen Erfahrungswerte zusammen und rücken bei unserem politischen Handeln die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirks in den Fokus. Nachstehend legen wir unser Programm dar, wie wir Hamburg-Nord in den kommenden Jahren gemeinsam gestalten möchten.

Moderne Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung

Die Entwicklung unseres Bezirks Hamburg-Nord steht im Zeichen der sozialen Teilhabe, der Lebensqualität sowie der ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger. Eine lebendige und lebenswerte Stadt ist nur dann möglich, wenn wir die Quartiere generationengerecht – von Kindern über Jugendliche, junge Erwachsene bis hin zu Seniorinnen und Senioren unter Berücksichtigung verschiedener kultureller Hintergründe – lebenswert gestalten und dabei alle in die Planung und Gestaltung ihrer Umgebung einbeziehen. Durch die eingeschränkten Möglichkeiten des großflächigen Neubaus im Bezirk muss die Stadtplanung einen deutlichen Schritt in Richtung qualitativer Stadtentwicklung im Sinne einer maßvollen Nachverdichtung und zeitgemäßen Innenentwicklung gehen.

Wir stellen uns auf weiteres Bevölkerungswachstum im Bezirk ein und sehen dieses als Chance, die es mit den damit verbundenen Herausforderungen zu ergreifen gilt. Die Schaffung eines ausreichenden Angebots an bezahlbarem Wohnraum bleibt eine der zentralen Aufgaben im Bezirk. Wir setzen uns für einen sozial ausgewogenen und lebenswerten Bezirk ein, der seine Chancen aus geografischer Lage, Traditionen sowie aus Handel, Handwerk, Wissenschaft und Forschung nutzt, um langfristig ein attraktiver Bezirk zu bleiben.

Ein Beispiel für die Entwicklung unserer Stadtteile ist das Entwicklungskonzept Fuhlsbüttel 2040. Wir werden die Umsetzung sowie die für die vorgeschlagenen Maßnahmen notwendigen Ressourcen sicherstellen und diesen Prozess begleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass für weitere Stadtteile in Hamburg-Nord die notwendigen und oft benannten Sanierungs- und Modernisierungsbedarfe umgesetzt und konzeptionell gestützte konkrete Verbesserungen auf den Weg gebracht werden. Bei den Entscheidungsprozessen im Bereich der Stadtentwicklung werden wir die Stadtteil- und Quartiersbeiräte fördern, damit diese besser und konzentrierter die Interessen der von ihnen vertretenen Menschen einbringen können.

Im Bereich der Wohnraumversorgung setzen wir uns für mehr öffentlich geförderten Wohnraum ein, insbesondere um Familien und Arbeitskräfte in der Stadt zu halten. Wir wollen sicherstellen, dass in den kommenden Jahren genügend bezahlbare Wohnungen für die wachsende Bevölkerung entstehen. Gleichzeitig wollen wir die soziale Durchmischung in den Quartieren gewährleisten. Der Schutz der Mieterinnen und Mieter bleibt dabei ein zentrales Anliegen, weshalb wir uns für eine konsequente Bekämpfung von Leerstand, Luxussanierungen und Zweckentfremdung einsetzen.

Zudem werden wir innovative Bürgerbeteiligungsformate sowohl digital als auch analog pilotieren und dafür die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Dies wird eine stärkere Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen ermöglichen und so die Kommunikation und den Austausch verbessern. Wir wollen insbesondere auch junge Menschen in die Prozesse der Stadtentwicklung einbinden und dafür passende Formate schaffen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Nutzung bereits versiegelter Flächen und die Vermeidung weiterer Versiegelung von Grünflächen. Wir setzen auf die effiziente Nutzung dieser Flächen durch neue Nutzungskonzepte, die sowohl der Nachhaltigkeit als auch der Lebensqualität dienen. Gleichzeitig werden wir Potenzialanalysen für die Entsiegelung von Flächen durchführen und daraus neue Konzepte ableiten. Es ist uns ein

besonderes Anliegen, die bestehenden Grünflächen zu erhalten, da sie entscheidend für die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Anwohnerinnen und Anwohner sind. Wir unterstützen innovative Konzepte wie „Urban Gardening“, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, aktiv zur Begrünung ihres Wohnumfelds beizutragen.

Die Weiterentwicklung unserer Stadtteile in Hamburg-Nord soll gleichzeitig den Anforderungen des Klimawandels gerecht werden. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Quartiere mit Konzepten der sogenannten Schwammstadt fit für die Zukunft zu machen. Dies umfasst unter anderem Maßnahmen zur besseren Wasseraufnahme und -speicherung, etwa nach Starkregen. Wir werden zudem Beratungsangebote zur Umsetzung dieser Konzepte und Fördermöglichkeiten bereitstellen.

Familienfreundliche Gegenden mit Einfamilienhäusern und Doppelhausgebiete mit Gärten wollen wir in ihrem Charakter erhalten und, wo möglich, ausbauen. Wir lehnen es ab, bestimmte Gebäudetypen wie Einfamilienhäuser pauschal nicht mehr zu genehmigen. Dort, wo es langgestreckte Einzelhausgrundstücke im Bezirk gibt, wie z. B. in Teilen Langenhorns, werden wir planrechtlich die Möglichkeit eröffnen, weitere Einzel- oder Doppelhäuser auf diesen Grundstücken zu errichten.

Die Schaffung von familien- und generationenfreundlichen Quartieren mit zentralen Plätzen, Freizeitmöglichkeiten und einer guten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr bleibt ein wichtiges Ziel. Dies gilt auch für die Weiterentwicklung von Groß Borstel im Rahmen des RISE-Prozesses, der durch eine mitwachsende Infrastruktur zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen soll.

Für die Entwicklung und Förderung des Gewerbes im Bezirk Hamburg-Nord setzen wir auf eine ausgewogene Mischung aus Wohn- und Gewerbeflächen. Wir wollen den Erhalt und die Schaffung von Gewerbeflächen sichern, um den Anforderungen von Handwerk und Gewerbe gerecht zu werden. Hierbei stehen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen im Fokus, die sich auch innerstädtisch ansiedeln können. Gewerbeflächen sollen jedoch nicht nur als wirtschaftliche Ressource, sondern auch in einem Kontext betrachtet werden, der die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt.

Sollten für Neubaugebiete die Anschlüsse an bestehende Versorgungsnetze (Fernwärme) nicht gegeben sein, sind alternative Energie- und Wärmeversorgungsmöglichkeiten, z. B. durch Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, in Betracht zu ziehen. Gleiches gilt auch für Speichermöglichkeiten.
Mit uns wird es weiterhin ein jährliches Wohnungsbauprogramm geben. Dies ist für uns die Grundlage, um in Hamburg-Nord ein bezahlbares und attraktives Wohnangebot zu schaffen.

Parkraum für PKWs, Lastenfahrräder, Fahrräder und insbesondere für E-Autos soll im Rahmen der Stadtentwicklung wieder eingeplant werden. Wo es machbar ist, sollen Quartiersgaragen mit der Möglichkeit für Car-Sharing neu geschaffen werden, die damit zu einer Entlastung des öffentlichen Raumes führen. Bei Neubauvorhaben sollen Bauherren wohnungsnahe Quartiersgaragen berücksichtigen, die sich später umnutzen oder abbauen lassen.

Zur Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sollen die Bahnhofsvorplätze in den Blick genommen werden. Als Beispiel ist hier der Vorplatz der S- und U-Bahnhaltestelle Ohlsdorf zu nennen. Gemeinsam mit der Hamburger Hochbahn AG und der Deutschen Bahn AG sollen Maßnahmen geprüft werden, die zu einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität beitragen.

Ein Teil des jetzigen Gebäudekomplexes des Bezirksamts Hamburg-Nord in Eppendorf soll nach dem Umzug erhalten werden, insbesondere der Sitzungssaal soll für kulturelle, gesellschaftliche und politische Nutzungen bleiben, von denen der Stadtteil insgesamt profitiert. Wohnungsbau, Gewerbe und nicht-kommerzielle Nutzungen sollen hier entstehen. Weiterhin sollen nach dem Umzug ein Angebot des Hamburg Service für die Verwaltungsdienstleistungen vor Ort und ein Beratungsangebot für die Menschen aus Eppendorf und den angrenzenden Stadtteilen bestehen bleiben. Das Grundstück und der Gebäudekomplex des Bezirksamts sollen gemeinsam mit dem Marie-Jonas-Platz als neues und attraktives Zentrum des Stadtteils entwickelt werden.

Die Koalitionspartner sprechen sich für die Entwicklung des Zentrums in Groß Borstel (B-Plan GB 32) aus.

Eine Umgestaltung der Borsteler Chaussee soll – ggfls. im Rahmen des RISE-Projekts – parallel zur Realisierung des Zentrums und des Ausbaus Nedderfeld (B-Plan Lokstedt 52 / Eppendorf 9 / Groß Borstel 11) geplant werden.
Das Stavenhagenhaus in Groß Borstel ist das bezirkliche „Hamburg-Haus“. Die Koalitionspartner sprechen sich für den Erhalt des Kulturzentrums und eine Erweiterung im Rahmen des RISE-Projekts aus (barrierefreier Umbau). Die Wiederherstellung einer Gastronomie im Rahmen von Veranstaltungen von Vereinen, Gruppen und bezirklichen Institutionen hat dabei oberste Priorität. Des Weiteren soll rechtlich und auch im Einvernehmen mit den Nachbarn darauf hingearbeitet werden, eine niedrigschwellige und veranstaltungsunabhängige Gastronomie, beispielsweise in Form eines Nachbarschaftstreffs, zu ermöglichen.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die bestehenden Planungen für die Bebauung im Diekmoor deutlich angepasst werden müssen, um den Flächenverbrauch zu verringern und besser auf die Gegebenheiten vor Ort einzugehen. Ziel ist es, möglichst viel Kleingartenfläche zu erhalten, den Verlust wertvoller Bäume zu minimieren und eine hohe Lebensqualität für die aktuellen sowie zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner zu gewährleisten. Eine höhere Bebauung entlang des Bahndamms könnte hierbei sinnvoll sein, um die fußläufige Nähe zur U-Bahn optimal zu nutzen. Darüber hinaus sollen Anknüpfungspunkte mit der bestehenden sozialen Infrastruktur Langenhorns entwickelt und Platz für die ärztliche Nahversorgung berücksichtigt werden.

Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Bezirk Hamburg-Nord und der Stadt Norderstedt sowie der Entwicklungsgesellschaft Norderstedt ist entscheidend, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung rund um den Schmuggelstieg und die brachliegenden Grundstücke an der Langenhorner Chaussee. Diese Bereiche sind wichtig für den nördlichen Stadteingang der Metropole Hamburg. Durch gezielte interkommunale Kooperationen sollen gemeinsame Projekte initiiert werden, die sowohl die Revitalisierung dieser Flächen als auch die wirtschaftliche und infrastrukturelle Verbesserung beider Städte fördern. Regelmäßiger Austausch und abgestimmte Planungen sind notwendig, um Synergien zu nutzen und eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleisten, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger in beiden Regionen gerecht wird.

Das geplante Quartier Santa Fu wird an einem historischen Ort entstehen, dessen Geschichte für künftige Generationen sichtbar bleiben muss. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt des Torhauses des ehemaligen KZ Fuhlsbüttel und für dessen Ausbau als wichtigen Teil der Erinnerungskultur ein. Gleichzeitig bietet die Verkleinerung der Justizvollzugsanstalt Potenzial für die städtische Entwicklung. Dieses Potenzial wollen wir nutzen, um neuen Wohnraum zu schaffen, insbesondere durch den Bau eines Studierenden- bzw. Azubi-Wohnheims. Darüber hinaus soll auf dem Gelände eine Begegnungsstätte bzw. ein Kulturzentrum für den Stadtteil entstehen. Bei der Quartiersentwicklung werden wir auch die notwendigen Mobilitätsangebote vor Ort sowie eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sicherstellen. Zusätzlich wird, entgegen der derzeitigen Planung, geprüft, ob der Erhalt der Gründereiche auf dem Gelände möglich ist.

Der Stadtpark ist die zentrale Naherholungsfläche für Hamburg-Nord und weit darüber hinaus. Um diesen wichtigen Ort für alle Menschen zu erhalten und auszubauen, wollen wir die Ansätze der im Jahr 2022 vorgelegten Untersuchung der Erweiterungsmöglichkeiten sowohl innerhalb der gegenwärtigen Grenzen des Stadtparks als auch in seinem gesamten Umfeld aufgreifen und ihre Realisierung im Einzelfall prüfen.

Sicherheit

Wir möchten, dass sich alle Menschen in Hamburg-Nord jederzeit an allen Orten gut aufgehoben und sicher fühlen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, sog. Angsträume zu beseitigen. Hierzu gehört ein hohes Maß an Sauberkeit ebenso wie der Abbau dunkler Ecken, beispielsweise in der Nähe von oder auf dem Weg zu Bahnhaltestellen und auch in Parks. Um schneller und gezielter auf Probleme reagieren zu können, werden wir uns dafür einsetzen, eine Sicherheitskonferenz der Bezirksversammlung in Hamburg-Nord einzurichten. Das Ziel dieser Konferenz ist es, schneller und gezielter als bislang auf Probleme im Bereich Sicherheit und Ordnung reagieren zu können. Bürgerinnen und Bürger können hier Problemlagen wie Vermüllung, Angsträume oder fehlende Beleuchtung anbringen, die dann gemeinsam mit dem Bezirksamt besprochen

werden, um ein Handeln der zuständigen Institutionen anzuregen und schnell für Lösungen vor Ort zu sorgen.

Zudem wollen wir einen bezirklichen Kontrolldienst schaffen. Der Aufbau dieser neuen Einheit erfolgt in engem Austausch mit dem Bezirksamt und der Bezirksamtsleitung unter Würdigung aller relevanten rechtlichen Voraussetzungen. Dieser Dienst wird alle Beschäftigten des Bezirksamts zusammenfassen, die mit den Themen Sicherheit und Ordnung befasst sind. Unser Ziel ist es, diesen bezirklichen Kontrolldienst aus den vorhandenen personellen Ressourcen aufzubauen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten setzen wir uns auch für mehr Personal in diesem Bereich ein und prüfen zudem den Einsatz bestehender personeller Ressourcen. Damit die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten und eine höhere Kontrolldichte im öffentlichen Raum in Hamburg-Nord möglich werden, befürworten wir eine engere Abstimmung zwischen den bezirklichen Stellen, den zuständigen Fachbehörden und der Polizei.

Im präventiven Bereich setzen wir uns dafür ein, mehr Straßensozialarbeit in den Stadtteilen zu etablieren. Diese Arbeit muss zukünftig auch Erwachsene in den Blick nehmen.

In einem Pilotprojekt mit Gewerbetreibenden wollen wir ein Hinweiszeichen entwickeln bzw. auf bereits bestehende Zeichen zurückgreifen, die für Personen in Not an den Läden angebracht werden, die sich bereit erklären, in einem Notfall erste Unterstützung anzubieten.

Wir möchten, dass unser Bezirk ein sicherer Raum für Frauen ist. Wir stellen uns klar gegen jede Form der sexuellen Belästigung und unterstützen entsprechende Beratungs- und Präventionsangebote. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit lokalen Trägern beraten, wo und wie das Projekt „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ in Hamburg-Nord umgesetzt werden kann und wir damit Partnergewalt entgegenwirken können. Weiterhin möchten wir Möglichkeiten ausloten, öffentliche Einrichtungen auszuweisen, die über Stillräume für Mütter verfügen, um bei Bedarf Rückzugsmöglichkeiten bieten zu können. Wir prüfen zudem die Möglichkeit, das Angebot solcher Räume zu erweitern.

Ein wichtiger Punkt für ein sicheres Lebensgefühl in Hamburg-Nord ist das funktionierende gesellschaftliche Miteinander. Wir fördern eine starke Zivilgesellschaft, Zivilcourage sowie starke Nachbarschaften und stellen die entsprechende Finanzierung der damit zusammenhängenden Projekte sicher.

Verkehrspolitik – Sicher, fair und nachhaltig

Wir möchten die Verkehrspolitik im Bezirk so gestalten, dass sie alle Menschen im Blick behält und bei der Lösungsfindung einbindet. Daraus leitet sich in einem Bezirk wie Hamburg-Nord, der durch urbane Quartiere genauso geprägt ist wie durch Einfamilienhaussiedlungen am Stadtrand, ab, dass es keine „One size fits all“-Lösungen gibt. Vielmehr sollen die Bedarfe in den verschiedenen Quartieren differenziert betrachtet werden. Mit breiter Bürgerbeteiligung, Genauigkeit, Evaluierung der Planungen und Umsetzungen sowie pragmatischer Handlungsweise wollen wir unsere Ziele unter der Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse und von Best Practice-Beispielen gemeinsam erreichen und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sowie die Lebensqualität in unserem Bezirk erheblich steigern.

Die Verkehrsinfrastruktur im Bezirk ist vielerorts weiterhin sanierungsbedürftig. Wir wollen diesen Sanierungsstau abbauen. Ziel ist, dass alle Menschen sicher und bequem unterwegs sein können – egal, ob zu Fuß, mit dem Rad, dem Auto oder dem ÖPNV.

Wir fördern den Umweltverbund Fuß, Rad, Bus und Bahn. Die Taktverdichtung der U1 bis Ochsenzoll ist uns besonders wichtig. Die Planung der U5 begleiten wir konstruktiv-kritisch. Ergänzend setzen wir auf On-Demand-Angebote, um die Anbindung vor allem in Randlagen zu verbessern. Zur Stärkung des Umweltverbundes zählt für uns ebenso die Wiederaufnahme des Fährverkehrs auf der Außenalster. Die hierfür erforderlichen Prüfschritte wollen wir einleiten und begleiten.

Wir setzen uns für die Einrichtung einer Bezirksverkehrskonferenz ein, um einmal jährlich Veränderungen,

Bedarfe, technische Fortschritte und Probleme mit möglichst vielen Akteuren zu diskutieren.

Wir setzen darauf, die Sicherheit im Verkehr zu steigern. Wir sorgen für eine frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Planungs- und Gestaltungsprozesse und ein hohes Maß an Transparenz und Information. Wir begleiten umgesetzte Maßnahmen mit Evaluationen, um die besten Ansätze für die Zukunft zu entwickeln und um rechtzeitig gegensteuern zu können, falls sich ergriffene Maßnahmen nicht als zielführend erweisen.

Wir investieren in sichere, moderne und gut gepflegte Rad- und Fußwege. Das umfasst auch die regelmäßige Reinigung im Winter. Dort, wo es sinnvoll ist, setzen wir auf baulich getrennte Radwege nach dem Kopenhagener Modell. Zwei Pilotstrecken wollen wir in dieser Legislaturperiode realisieren und auswerten. Die Eppendorfer Landstraße und der Lehmweg sollen ein Vorbild für sichere, moderne und funktionale Infrastruktur werden – in Balance mit Busverkehr und Gewerbe.

Maßnahmen einer intelligenten Verkehrsführung erachten wir als zukunftsweisend, um für Sicherheit im Verkehr zu sorgen. Insbesondere Konflikte bei der Nutzung von Gehwegen wollen wir dort, wo es möglich ist, weiter abbauen. Bei Umgestaltungen nehmen wir auf die Bedürfnisse von Gewerbetreibenden Rücksicht und erhalten Kurzzeit- und Gewerbeparkplätze. Zudem bauen wir E-Ladesäulen weiter aus.

Wir setzen uns für eine tiefgreifende Evaluation des Bewohnerparkens ein und halten am derzeitigen Moratorium bezüglich des weiteren Ausbaus der Zonen fest – bis zum transparenten Abschluss der Evaluation und Vorlage einer gesetzlichen Neuregelung für das Quartiersparken.

Wir führen ein bezirkliches Parkplatzmonitoring ein. Es soll Planungen versachlichen und konkrete Bedarfe zeigen. Die Politik der alten Bezirksamtsleitung, sinnlos Parkplätze zu vernichten, beenden wir. Gleichzeitig fördern wir moderne Lösungen wie Quartiersgaragen und Ladezonen für Gewerbe.

Wir entwickeln Velorouten und Bezirksrouten gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern weiter. Wo es passt, sind Fahrradstraßen sinnvoll – andernorts braucht es andere Lösungen. Ziel ist ein reibungsloser, sicherer Verkehrsfluss für alle – ob zu Fuß, per Rad, im Auto oder mit dem Bus. Ampeln sollen besser auf den Radverkehr abgestimmt und Kreisverkehre geprüft werden. Ziel ist es, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer auf den für sie vorgesehenen Wegen schnell, komfortabel und möglichst störungsfrei unterwegs sein können.

Für mehr Übersicht und eine bessere Orientierung verbessern wir die Beschilderung und die digitale Auffindbarkeit von Radrouten. Das Stadtradangebot wird bedarfsgerecht ausgebaut – auch für Seniorinnen und Senioren. Fahrradabstellmöglichkeiten bauen wir dort aus, wo sie nachweislich benötigt werden. An Bahnhöfen wollen wir mehr sichere Fahrradstellplätze schaffen. In Wohnquartieren setzen wir uns für mehr Stellplätze für Lastenräder ein. Für das Fahrradparkhaus an der U-Bahnhaltestelle Kellinghusenstraße prüfen wir Aufwertungsmöglichkeiten.

Wir prüfen Minikreisverkehre in Wohngebieten, beispielsweise am Warnckesweg und in der Frustbergstraße in Groß Borstel sowie im Verlauf von Velorouten, wenn sie zur Sicherheit und zum besseren Miteinander beitragen. Für vulnerable Gruppen – Kinder, Ältere, Menschen mit Beeinträchtigungen – sollen sichere Wege und Querungen geschaffen werden. Dabei bleiben Gewerbeparkplätze und Ladezonen möglichst erhalten.

Verkehr muss für alle sicher sein. Deshalb setzen wir auf konsequente Kontrolle und klare Regeln – aber auch auf gegenseitige Rücksichtnahme. Konflikte im Straßenraum wollen wir in der neu eingerichteten Sicherheitskonferenz besprechen und lösen.

Wir fördern getrennte Verkehrsführungen dort, wo es möglich und sinnvoll ist. Tempo 30 soll dort gelten, wo es besonders schützt – zum Beispiel vor Schulen, Kitas und Pflegeheimen. Zudem setzen wir uns dafür ein, die neuen Regelungsmöglichkeiten in der Straßenverkehrsordnung vor allem in den Quartiersstraßen auszuschöpfen, beispielsweise bei der Einrichtung von Tempo-30-Zonen. Soweit es nicht nur um Sicherheit, sondern auch um die Reduktion von Lärm geht, prüfen wir auch weitere Ansätze, die dabei helfen, diese

Ziele zu erreichen, wie beispielsweise den Einsatz von lärmreduzierenden Belägen.

Auf Hauptstraßen bleibt der Verkehrsfluss wichtig, damit der Wirtschaftsverkehr nicht behindert wird und das möglichst staufreie Vorankommen für diejenigen sichergestellt ist, die auf ein Auto beispielsweise für ihre Berufsausübung angewiesen sind.

Wir setzen uns dafür ein, die schrecklichen Abbiegeunfälle weiter zu verringern. Kreuzungsbereiche müssen konsequent von ruhendem Verkehr freigehalten werden. Vor allem für Kinder ist das wichtig, damit sie den Verkehr gut einsehen können und sie auch von den anderen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern gesehen werden. Außerdem soll das Ampelkonzept überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Wir wollen Durchgangsverkehr aus Wohngebieten heraushalten. Intelligente Verkehrsführung und passende Maßnahmen der Verkehrsberuhigung prüfen wir mit Blick auf Sicherheit, Anliegerinteressen und Rettungswege. Schwerlastverkehr soll möglichst draußen bleiben. Der Zugang muss für Anwohnerinnen und Anwohner jederzeit gewährleistet sein.

Kinder sollen sicher zur Schule kommen. Schulstraßen, Zebrastreifen, Schullotsen oder Aufpflasterungen setzen wir gezielt ein. Wo nötig, wird der Bezirk tätig – zum Beispiel am Gymnasium Langenhorn. Wir prüfen auch einen Ringbus für Schulkinder als Pilotprojekt. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass es mehr Möglichkeiten für Kinder gibt, in den Schulen und außerhalb der Schulen sicheres, regelkonformes und selbstbewusstes Verhalten im Verkehr zu üben.

Fußwege müssen sicher und einladend sein. Wir setzen uns für breite, barrierefreie, gut beleuchtete und saubere Wege ein. Unser 100-Helle-Wege-Programm sorgt für mehr Licht, auch auf Spielplätzen und in Parks, und zwar möglichst umwelt- und tierschutzfreundlich.

Klima und Umwelt

Angesichts fortschreitender Wetterextreme ist es wichtig, unseren Bezirk vorausschauend und pragmatisch auf mögliche Folgen wie Starkregen oder Hitze vorzubereiten. Wir setzen dabei auf präventive und anpassende Maßnahmen – insbesondere in besonders betroffenen Gebieten mit erhöhter Belastung.

Wo es machbar ist, fördern wir die Entsiegelung von Flächen. Das Schwammstadt-Prinzip – also die Speicherung von Regenwasser vor Ort – kann helfen, Überflutungen zu vermeiden und städtische Hitzeinseln zu reduzieren. Wir unterstützen die Umsetzung solcher Konzepte in geeigneten Quartieren.

Wir setzen uns für eine Verbesserung des Katastrophenschutzes im Bezirk ein, um für den Ernstfall gut vorbereitet zu sein. Zudem wollen wir die Bürgerinnen und Bürger besser darüber informieren, wie sie sich bei Extremwetterereignissen schützen können.

Beim Straßenbau prüfen wir den Einsatz hitzereduzierender Materialien, etwa hellem Asphalt, sowie umweltverträglicher Füllstoffe mit CO_2-Bindungspotenzial.

Grünflächen steigern die Lebensqualität in unserem Bezirk. Deshalb setzen wir uns für gezielte Begrünungsmaßnahmen ein – etwa durch bepflanzte Bushaltestellendächer, mehr Obstbäume in Parks oder Urban-Gardening-Projekte. Der Schutz vorhandener Bäume – insbesondere vor Schädlingen wie dem Eichenprozessionsspinner – bleibt dabei im Fokus. Grünpatenschaften durch Bürgerinnen und Bürger unterstützen wir ausdrücklich.

Der Taubenschlag in Barmbek soll auf seine Wirksamkeit hin überprüft werden. Bei positivem Ergebnis setzen wir uns für die Errichtung weiterer Taubenschläge an geeigneten Standorten ein.

Zur Steigerung der Aufenthaltsqualität möchten wir die öffentliche Infrastruktur verbessern, beispielsweise durch die Errichtung neuer Trinkwasserspender, kühlender Räume, behindertengerechter Toiletten sowie

von Wickelräumen und sogenannten „Netten Toiletten“ als Übergangslösung, Mülleimern und Hundekotbehältern. Wir prüfen die Einführung eines Müllmonitorings. Um Schrotträdern im öffentlichen Raum vorzubeugen, evaluieren wir niedrigschwellige Angebote zur ordnungsgemäßen Entsorgung alter Fahrräder.

Gemeinsam mit der Stadtreinigung wollen wir die Pilotierung von nahezu ebenerdigen Unterflursystemen für die öffentliche Müllentsorgung dort vorantreiben, wo es die örtlichen Gegebenheiten erlauben und es möglichst ohne Verlust von Parkraum funktioniert. An Standorten, an denen Unterflursysteme nicht realisierbar sind, sollen die bestehenden Depotcontainer modernisiert und attraktiver gestaltet werden, beispielsweise durch Sichtschutz oder Begrünung.

Die Alster und ihre Nebenkanäle sind Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten und ein beliebter Ort für die Menschen in unserem Bezirk. Um sowohl den Naturschutz als auch die Freizeitnutzung zu fördern, wollen wir zusätzliche Anlegestellen für den Wassersport errichten, beispielsweise am Löschplatz, am Isebekkanal und am Kuhmühlenteich. Bestehende Stellen sollen überprüft und die Entsorgung zurückgelassener Gegenstände organisiert werden.

Unsere Moore sind wichtige CO_2-Speicher. Wir setzen uns daher für den Schutz des Eppendorfer Moors sowie des Raakmoors ein. Das Naturschutzgebiet Eppendorfer Moor, eines der größten innerstädtischen Moore Mitteleuropas, wurde am 30. Dezember 2014 von 15,3 Hektar um gut zwei Drittel auf 26 Hektar erweitert. Diese Erweiterung soll bereits bestehende, wertvolle Biotope und renaturierte Flächen in das Schutzgebiet einbeziehen.

Soziales, Integration, Inklusion, Gesundheit

Soziales

Wir setzen uns für eine Sozialpolitik ein, die die verschiedenen Bedürfnisse im Bezirk konkret in den Blick nimmt und insbesondere die Menschen unterstützt, denen die soziale Teilhabe ansonsten weitgehend versagt bleibt.

Dafür sichern wir die bezirklichen Mittel für Jugend-, Kinder-, Senioren- und Sozialarbeit und stärken die sozialen Trägerstrukturen. Für einen leichteren Zugang zu Verwaltungsstrukturen möchten wir ein Bezirksamt auf Rädern (sog. Bürgerbus) ermöglichen. Wir verbessern die bezirkliche Daseinsvorsorge und fördern gleichwertige Lebensverhältnisse, indem wir im jeweils konkret erforderlichen Maße für eine aktualisierte Sozialraumplanung sorgen. Dabei berücksichtigen wir, dass die Bevölkerungsdichte in manchen Stadtteilen in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderung ihren Alltag ohne Hindernisse gestalten können. Dies umfasst einen barrierefreien Zugang zu Institutionen und Verkehrsträgern. Zur Förderung der sozialen Teilhabe fördern wir Inklusionsprojekte im Bezirk.

In unserem Bezirk leben viele Menschen allein, was oft zu sozialer Isolation und Einsamkeit führt. Wir schaffen Begegnungsangebote in den Quartieren und betreiben eine aktive Politik zur Verminderung von Einsamkeit. Die Angebote sollen generationen- und kulturübergreifend sein und Raum für Austausch, Unterstützung und Gemeinschaft bieten.

Für viele Bereiche der Sozialpolitik ist die ehrenamtliche Unterstützung essenziell. Um das Ehrenamt zu stärken und den vielfältigen Perspektiven gerecht zu werden, fördern wir gemeinwohlorientierte Vereine und Vereinsstrukturen. Wir unterstützen die bestehenden Beiräte im Bezirk, wie die Stadtteilbeiräte, den Seniorenbeirat und den Inklusionsbeirat, und setzen uns für eine verbesserte Koordination der ehrenamtlich Engagierten ein. Um mehr Sichtbarkeit für den Anteil der ehrenamtlichen Arbeit im Bezirk zu erzeugen, schaffen wir einen Bezirkspreis für ehrenamtliche Initiativen und Projekte.

Wir stellen uns gegen Menschenfeindlichkeit und Extremismus. Mit uns haben Hass und Hetze keinen Platz

in Hamburg-Nord! Wir unterstützen Beratungs- und Austauschangebote für Betroffene von Diskriminierung. Zur Demokratieförderung setzen wir auf das Erlernen von demokratischen Werten von klein auf in Hamburg-Nord.

Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die sich für die Belange von LGBTIQ+ stark machen, wie das Magnus-Hirschfeld-Centrum.

In ganz Hamburg sind nach wie vor Menschen von Obdachlosigkeit bedroht. Wir prüfen Umsetzungsmöglichkeiten von „Housing First" im Bezirk Hamburg-Nord und setzen uns in der Prävention für eine Verbesserung der Beratung und Unterstützung von Wohnungsnotfällen ein. Gleichzeitig wollen wir das Wohlergehen der Menschen und insbesondere Minderjähriger auf der Straße im Blick behalten und unterstützen ehrenamtliche Initiativen in der Versorgung von Personen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind.

Leben im Alter

Seniorinnen und Senioren sind wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass sie ihr Leben so lange wie möglich selbstständig bestreiten können.

Die Seniorentreffs sind das Herzstück im Bezirk für ehrenamtliche Angebote für und von Senioren und Seniorinnen. Sie sind Begegnungsorte und bieten vielfältige Aktivitäten an. Wir stellen die Finanzierung für diese wichtigen Einrichtungen sicher. Ehrenamt braucht hauptamtlichen Einsatz. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau des Projekts zur „Unterstützung für ehrenamtlich geführte Seniorentreffs" ein.

Informationen zum Leben im Alter müssen auch analog angeboten werden (Recht auf analoge Information). Zugleich stärken wir Vereine und Projekte, die ältere Menschen digital schulen. Außerdem unterstützen wir Seniorenwohnanlagen dabei, ihren Bewohnerinnen und Bewohnern freies WLAN zur Verfügung zu stellen, um u. a. einen Zugang zu digitalen Informationen zu ermöglichen.

Mit zunehmendem Alter steigt der Bedarf an pflegerischem Beistand. Der Zugang zu diesen Leistungen muss einfach sein und die Angebote müssen qualitativ hochwertig sein. Wir fördern bestehende und die Schaffung neuer betreuter Wohngemeinschaften. In diesem Sinne möchten wir den Zugang zu pflegerischen Angeboten überprüfen und, soweit erforderlich, nachbessern. Wir unterstützen eine Ausweitung der Angebote der Tagespflege- und -betreuung. Für Menschen ohne Pflegegradbescheid oder in Pflegestufe 1 fördern wir ehrenamtliches Engagement. Wir setzen uns daher für eine Überarbeitung der Pflege-Engagement-Verordnung ein, um den Zugang zum Ehrenamt in der Pflege einfacher zu gestalten. Darüber hinaus setzen wir uns auf der Landesebene für die Realisierung eines Landespflegegeldes ein, um die Lebenssituation von pflegebedürftigen Personen an der Armutsgrenze zu verbessern.

Integration

Hamburg ist eine vielfältige und weltoffene Stadt. Die verschiedenen Kulturen und Perspektiven haben uns in einer zunehmend globalisierten Welt als Stadt stark gemacht. Um ein harmonisches und respektvolles Miteinander zu gewährleisten, werden wir die Voraussetzungen für eine gelungene Integration ab der Ankunft in Hamburg-Nord weiter verbessern. Wir unterstützen die Migrationspolitik der neuen Bundesregierung. Um auch in Zukunft eine angemessene öffentliche Unterbringung für Geflüchtete und soziale Teilhabe sicherzustellen, ist es unerlässlich, den Sozialraum rund um die Unterkünfte für Geflüchtete und insbesondere rund um die großen Unterkünfte, wie in der City Nord, besser auszustatten. Wichtige Aspekte sind zudem der Zugang zu Sprachförderung sowie abwechslungsreiche Begegnungs- und Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb der öffentlichen Unterbringung. Wir achten darauf, dass die besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden. Langfristig sollte die öffentliche Unterbringung möglichst dezentral erfolgen. Zur Förderung der sozialen Teilhabe prüfen wir, ob die Webseite des Bezirksamtes oder Teile davon in mehreren Sprachen zugänglich gemacht werden können sowie in Einfacher Sprache. Dafür könnte ein KI-gestütztes Tool für dauerhaft relevante Inhalte zum Einsatz kommen.

Die Förderung des Dialogs mit der Nachbarschaft stellt für die konkrete Integration vor Ort eine wichtige Grundlage für ein ausgewogenes Miteinander dar. Insbesondere bei der Neueinrichtung und dem Neubau von Unterkünften wie am Wiesendamm ist dieser Ansatz entscheidend.

Wir fördern weiterhin die bestehenden Angebote und das Ehrenamt in der Geflüchtetenhilfe. Um die Erfahrung und die Einblicke von Geflüchteten und der Sozial- und Integrationsarbeit in das bezirkliche Handeln einfließen lassen zu können, möchten wir ein Format entwickeln, das es ermöglicht, diese Stimmen gezielt und regelhaft in die Entscheidungsfindung des Bezirks einzubinden (z. B. einen Integrationsbeirat). Wir unterstützen außerdem Projekte, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen des Extremismus einsetzen.

Jugend

Die Jugend ist unsere Zukunft und benötigt Räume und Möglichkeiten, sich zu bilden und zu entwickeln.

Diese Angebote sollen allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft zur Verfügung stehen. Wir möchten inklusive Spielplätze fördern, die zudem hitzefest und damit auch bei Klimaveränderungen der wichtige Begegnungsort für Kinder und ihre Familien bleiben. Die gesundheitliche Prävention und Aufklärung möchten wir von klein auf fördern und dabei insbesondere die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in den Blick nehmen. Ein Fokus soll dabei auf der Stärkung der Resilienz in einer krisenhaften Zeit liegen. Wir wollen den Kinderschutz stärken, indem wir Eltern auf die Gefahren von online geteilten Kinderfotos hinweisen (z. B. durch QR-Codes). Kinderschutzbeauftragte können eine Bereicherung für den Schutz und die Fürsorge von Kindern in der Gesellschaft sein. Angeknüpft an das Amt des Kinderschutzkoordinators im Bezirksamt möchten wir in Zusammenarbeit mit lokalen Trägern und der Verwaltung Wege prüfen, ob und wie ehrenamtliche Kinderschutzbeauftragte in den Stadtteilen eingesetzt werden können.

Freiräume und Freizeitangebote für Familien, Kinder und Jugendliche in den Quartieren zu schaffen, ist uns wichtig. Die Koalitionspartner kommen überein, für Kinder und Jugendliche spezifische Aufenthaltsräume einzurichten bzw. bestehende Räume aufzuwerten, beispielsweise den Sportpark Höpen und den Skatepark Essener Straße in Langenhorn. Darüber hinaus soll eine generelle Spielplatzoffensive im Bezirk gestartet werden, die zum einen eine Erhöhung der Spielangebote, zum anderen eine Bestandsprüfung von Spielplätzen zum Ziel hat. Die Errichtung von Wasserspendern sowie öffentlichen Toiletten auf Spielplätzen und Freizeitanlagen soll hierbei mitgedacht werden.

Für eine frühe Demokratieförderung und Einbindung möchten wir Kooperationen zwischen Schulen und der Bezirksversammlung ermöglichen und Schülerinnen und Schülern unsere Bezirksversammlung zugänglicher machen.

Die Gestaltung eines Bezirks im Sinne einer Agenda Jugend 2030, in dem junge Menschen gerne aufwachsen, ist vor allem dann möglich, wenn die Interessen von Kindern und Jugendlichen gezielt und regelmäßig in die bezirklichen Entscheidungen eingebunden werden. Wir möchten dafür ein geeignetes Format schaffen (z. B. einen Jugendbeirat). Bereits bestehende Räume wie die Häuser der Jugend (z. B. das Haus am Eberhofstieg) möchten wir unterstützen, sanieren und zeitgemäß ausstatten. Für den Neubau des Jugendhauses Wittenkamp setzen wir uns mit aller Kraft ein. In Fuhlsbüttel möchten wir dafür sorgen, dass ein vergleichbarer Raum zur Verfügung gestellt wird. Um den Kontakt zwischen den Generationen in unserem Bezirk zu intensivieren, unterstützen wir bestehende Kooperationen zwischen Kindertagesstätten und Seniorenheimen und ermuntern zu weiteren Kooperationen. Dazu werden wir den Austausch mit der Elbkinder Vereinigung Hamburger Kitas gGmbH suchen.

Jugendhilfe

Die Jugendhilfe unterstützt Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen und leistet damit einen ganz besonderen Beitrag für ihre Umsorgung. Um die Jugendhilfe angemessen auszustatten, möchten wir uns für eine Überarbeitung des Kinder- und Jugendnotdienstes (KJND) einsetzen und in enger Absprache

mit Betreuern und Betreuerinnen sowie der Sozialbehörde neue oder unterstützende Konzepte zur Entlastung erarbeiten. Die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) hat ihre Bedeutung einmal mehr während der Corona-Pandemie gezeigt. Diese Angebote des Bezirks und der Träger möchten wir weiterentwickeln und uns für eine Erweiterung der personellen Ressourcen auf Landesebene einsetzen. Wir unterstützen die Arbeit der Ombudsstelle und setzen uns aktiv für die Gewinnung von Ombudspersonen ein.

Gesundheit

Alle Menschen haben das Recht auf ein gesundes Leben und den Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung. Uns ist eine qualitative und wohnortnahe Erreichbarkeit von medizinischen Vorsorgeangeboten sowie Ärztinnen und Ärzten wichtig. Entsprechend machen wir uns dafür stark und setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass unser Bezirk ein lokales Gesundheitszentrum oder eine vergleichbare Einrichtung auf dem Dulsberg erhält. Die bezirklichen Versorgungsangebote wie den sozialpsychiatrischen Dienst, die Früherkennung von psychiatrischen Erkrankungen und den schulärztlichen Dienst möchten wir verbessern. Beim schulärztlichen Dienst möchten wir insbesondere eine digitale Terminvereinbarung ermöglichen. Als zusätzliche Entlastung für Eltern möchten wir die Beratungs- und Gruppenangebote für Eltern mit Babys und Kleinkindern verbessern. Die pflegerische Arbeit in der Gesundheitsversorgung möchten wir entlasten und unterstützen. Dafür möchten wir das Ehrenamt im Bereich der Pflege fördern und die Pflegekonferenz in Hamburg-Nord stärken. Um die Qualität der ambulanten und stationären Pflegeangebote zu steigern, streben wir eine Optimierung der bezirklichen Wohn-Pflege-Aufsicht an. Unangemeldete regelmäßige Kontrollen von Wohnheimen unter Einbindung der Wohnbeiräte und eine transparente Veröffentlichung der Ergebnisse sollen die pflegerische Qualität sichern.

Kultur, Sport und Bildung

Hamburg-Nord lebt von einer vielfältigen Bildungs-, Kultur- und Sportlandschaft. Sie schafft Lebensqualität, ermöglicht Teilhabe und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen diese Bereiche stärken, verlässlich fördern und zukunftsorientiert weiterentwickeln – effizient, offen und bürgernah. Als weltoffene Hafen- und Handelsstadt ist Hamburg seit Jahrhunderten auch von Zuwanderung geprägt. In den letzten Jahrzehnten ist Hamburg sozial, kulturell und religiös vielfältiger geworden. Diese Pluralität bereichert uns, ist aber auch eine Herausforderung im Zusammenleben. Sport und Kultur sind in besonderer Weise geeignet, einen positiven Beitrag zur Integration, zum Spracherwerb und zum Zusammenhalt im Bezirk zu leisten.

Kultur

Eine lebendige Stadtteilkultur ist ein Gewinn für alle Generationen. Deshalb setzen wir uns für stabile Rahmenbedingungen für Kulturschaffende und Kultureinrichtungen ein – mit angemessener, möglichst tarifgerechter Bezahlung, barrierefreiem Zugang und schlanken Förderstrukturen. Die Anpassung an die Inflationsentwicklung behalten wir dabei im Blick.

Uns ist es wichtig, dass es in allen Stadtteilen von Hamburg-Nord ein anregendes kulturelles Leben gibt. In Langenhorn unterstützen wir daher im Rahmen des Neubauprojekts Diekmoor die Errichtung eines Stadtteil- und Kulturzentrums. Das bestehende Bürgerhaus Langenhorn soll dabei erhalten bleiben.

In Fuhlsbüttel streben wir im Rahmen von „Fuhlsbüttel 2040“ eine kulturelle Begegnungsstätte sowie eine moderne Lösung für die Bücherhalle an.

Die Modernisierungspläne für das Goldbekhaus prüfen wir zügig und setzen uns für eine bedarfsgerechte Umsetzung ein.

Straßenfeste mit kulturellem Charakter und Einbindung lokaler Gewerbetreibender sollen einfacher ge-

nehmigt werden. Nicht-kommerzielle Stadtteilfeste sollen gebührenfrei sein.

Für die Erinnerungskultur richten wir einen „Weg des Gedenkens“ ein, der historische Orte miteinander verbindet, die beispielsweise an die Verbrechen der NS-Zeit erinnern, und auch digital sichtbar gemacht wird. Wir unterstützen die Arbeit lokaler Geschichtswerkstätten und auch neue Initiativen wie in Langenhorn.

Bei der Umbenennung historisch belasteter Straßennamen achten wir auf Transparenz, breite Bürgerbeteiligung, Beteiligung von betroffenen Communities und historische Sensibilität. Als neue Namensgeberinnen sollen verstärkt Frauen in Betracht gezogen werden, die sich um Hamburg oder den Bezirk verdient gemacht haben. Die Aussprache der Straßennamen soll barrierefrei sein.

Wir fördern interkulturelle und integrative Kulturprojekte sowie das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich. Eine Kulturkarte für den Bezirk soll möglichst vielen Menschen den Zugang zu Angeboten erleichtern. Streetart-Flächen und Standorte für Straßenmusik, z. B. an Bahnhöfen, prüfen wir gezielt.

Der Kulturpreis Hamburg-Nord soll weiterhin vergeben werden. Für uns ist der Preis ein wichtiger Bestandteil der Wertschätzung der Kulturschaffenden im Bezirk.

Maßnahmen, die Nachbarschaften aktiv beleben, wie Tauschregale und das sog. „Bürger:innenbudget“, fördern wir und setzen sie fort.

Eine der Lehren aus der Zerstörung der Weimarer Demokratie muss sein, sich mit allen Tendenzen der Gefährdung unserer freiheitlichen Demokratie intensiv auseinanderzusetzen und der Ausbreitung extremistischer und totalitärer Ideologien entschlossen entgegenzutreten. Aus bezirklichen Mitteln dürfen keine Initiativen, Veranstaltungen u.ä. gefördert werden, die im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

Sport

Sport stärkt Gesundheit, Gemeinschaft und Integration. Wir unterstützen Sportvereine in Hamburg-Nord verlässlich mit Blick auf Infrastruktur, Nutzung, Gleichstellung und Integration. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Förderung von Mädchen, Frauen und engagierten Trainerinnen.

Ein Runder Tisch Sport soll regelmäßig zur Abstimmung zwischen Vereinen, Verwaltung und Politik beitragen. Wir fördern neue Bewegungsangebote wie 3-gegen-3-Basketball und setzen auf Investitionen in nachhaltige Sportstätten – etwa durch LED-Beleuchtung oder ressourcenschonende Maßnahmen.

Die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen wollen wir durch verbesserte Hallenvergabe stärken. Bestehende Lauf- und Trimmrouten machen wir sichtbarer und bauen sie aus. Outdoor-Fitnessangebote in Parks werden weiterentwickelt. Die Prüfung weiterer Skateflächen ist uns ebenfalls ein Anliegen. Wir prüfen, ob wir mehr Zuschüsse zur Grünpflege auf Sportanlagen zur Verfügung stellen können.

Wir setzen uns für verlängerte Öffnungszeiten in Schwimmbädern ein, damit mehr Kinder das Schwimmen lernen. Der Neubau eines Lehrschwimmbeckens in Langenhorn bleibt Ziel der Bezirkspolitik.

Wir unterstützen Public-Viewing-Angebote bei großen Sportevents auch in weniger zentral gelegenen Stadtteilen.

Bildung

Um die Demokratieförderung voranzutreiben, verstärken wir die Kooperationen zwischen Schulen und der Bezirksversammlung. Wir fördern zudem kreative Ideen für die Zusammenarbeit von Kulturschaffenden und Bildungsreinrichtungen.

In der Erwachsenenbildung wirken wir darauf hin, dass ein Förderfonds für Erwachsenenbildung mit Fokus auf Digitalisierung, insbesondere für ältere Generationen, eingerichtet wird.

Wirtschaft, Arbeit, Digitales

Die Koalition setzt sich im Bereich Wirtschaft, Arbeit und Digitalisierung zum Ziel, die Rolle des zuständigen Ausschusses als Impulsgeber und Treiber der digitalen Transformation im Bezirk weiter zu stärken. Durch die Erhöhung der Sitzungsfrequenz auf monatliche Termine soll die Wirksamkeit und Reaktionsfähigkeit des Ausschusses gesteigert werden. Unter Berücksichtigung der Digitalstrategie 2025 der Freien und Hansestadt Hamburg wird der zuständige Ausschuss aktiv dazu beitragen, strategische Projekte und Themen voranzutreiben. Auf Landesebene setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, Mittel aus dem Digital- und IT-Budget für den Bezirk zu sichern, um dezentrale Pilotprojekte im Bereich Digitalisierung zu fördern.

Stärkung der Wirtschaftsförderung

Die Koalitionspartner setzen sich für eine transparente und bürgernahe Wirtschaftsförderung im Bezirk ein. Ziel ist es, die Zugänglichkeit und Sichtbarkeit von Fördermaßnahmen zu erhöhen, indem möglichst viele Informationen online bereitgestellt werden. Um den Zugang zur Förderung zu erleichtern, sollen feste Ansprechpersonen transparent kommuniziert und ein zentraler Anlaufpunkt („One-Stop-Shop“) eingerichtet werden, mit welchem auch eine Lotsenfunktion übernommen wird. Dabei prüfen wir, ob in diesem Rahmen ein Wirtschaftsforum etabliert werden kann, bei dem Bezirkspolitik, Unternehmen und Verwaltung in einen Austausch kommen und zielorientiert aktuelle Themen bearbeitet werden können (insbesondere beim Bürokratieabbau).

Zur Schaffung von Synergien sollen Kooperationen und gemeinsame Projekte auch über die Bezirksgrenzen hinweg gefördert werden. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf unbürokratischer Unterstützung und proaktivem Handeln des Bezirks, etwa durch die Bereitstellung relevanter Informationen und Angebote auf der Webseite. Dazu zählt beispielsweise auch die Einrichtung oder Erweiterung digitaler Sprechstunden, die den Bürgerinnen und Bürgern einen direkten und transparenten Zugang zu Beratungsangeboten ermöglichen.

Im Bereich der Vernetzung soll die Zusammenarbeit mit den Quartiersmanagern intensiviert werden, um die Interessengemeinschaften (IG) der Stadtteile und regionale Wirtschaftszusammenschlüsse zu stärken. Der Kontakt zwischen Bezirksamt und Quartiersmanagern wird ausgebaut werden. Die Gründung neuer IGs unterstützen wir.

Wir setzen uns für die Bereitstellung von Informationen zu Fördermitteln des Bundes und der EU sowie deren Einwerbung für Bezirksprojekte ein und wollen Projekte im Bezirk, bei denen europäische Fördermittel verwendet werden, besser sichtbar machen.

Bürokratieabbau: Förderung von Unternehmen in den Zukunftsbranchen

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, bürokratische Hürden abzubauen und die Förderung von Unternehmen in Zukunftsbranchen wie Künstliche Intelligenz (KI) und Logistik (unter anderem Onlinehandel) zu stärken. Hierfür wird eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, die Unternehmen bei behördlichen Angelegenheiten unterstützt. Lokale Unternehmen sollen zudem gezielt dabei gefördert werden, sich im globalen Online-Handel zu positionieren. Gleichzeitig soll die Kreislaufwirtschaft und die Entwicklung von innovativen und tragenden Geschäftsideen unterstützt werden. Das lokale Handwerk soll gezielt gefördert und durch nachhaltige Rahmenbedingungen gestärkt werden. Die Koalitionspartner setzen sich zudem dafür ein, dass auf Landesebene die Förderung für digitale Themen vorangetrieben wird. Start-ups und Neugründungen sollen auch auf bezirklicher Ebene verstärkt in ihrer Entwicklung unterstützt werden und stärkere Vernetzungsmöglichkeiten erhalten, um Innovationen in diesen Bereichen voranzutreiben.

Gewerbeflächenkonzept erneuern

Die Koalitionspartner setzen sich für die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) sowie den Erhalt von Gewerbeflächen im Bezirk ein. Darauf aufbauend soll ein Konzept zur effizienteren Nutzung bestehender Gewerbeflächen entwickelt werden, das ungenutzte Grundstücke einbezieht. Das Nahversorgungskonzept von 2019 soll dementsprechend fortgeschrieben werden. Durch die Förderung von Zwischennutzungen wie Pop-up-Stores, kulturellen Angeboten und Co-Working-Spaces können Leerstand vermieden und freie Flächen sinnvoll genutzt werden. Das Bezirksamt soll dieses Ziel durch eine schnellere Antragsbearbeitung und aktive Ansprache der Eigentümerinnen und Eigentümer unterstützen.

Zudem wird die Verzahnung von Wohnen und Arbeiten im Sinne von funktionsgemischten Stadtteilen unterstützt, beispielsweise durch die Möglichkeit, Wohnräume für Auszubildende in der räumlichen Nähe zu Gewerbebetrieben zu schaffen. Handwerks- und Gewerbehöfe in dicht besiedelten Stadtteilen sollen gestärkt werden, indem beispielsweise die Bedingungen für wohnverträgliches Gewerbe verbessert werden. Zur Stärkung von Gewerbestandorten im Bezirk Nord prüft die Koalition die Schaffung von Business Improvement Districts (BID) und geht auf entsprechend Interessierte zu.

Bewahrung der Wochenmärkte

Die Koalitionspartner setzen sich für die Stärkung der Wochenmärkte im Bezirk ein, um deren Abdeckung zu verbessern und allen Stadtteilen einen gleichermaßen attraktiven Zugang zu bieten. Die Standortpflege soll durch den Ausbau notwendiger Infrastrukturen wie Toiletten und Stromanschlüsse verbessert werden, damit Märkte als lebendige Treffpunkte bestehen bleiben. Auf Landesebene wird zudem eine Reduzierung der Verordnungen und Regeln angestrebt, um die Rahmenbedingungen für die Märkte zu vereinfachen.

Um die Märkte vielfältiger zu gestalten, sollen zudem Mittel für innovative Konzepte wie Pop-Up-Märkte, längere Öffnungszeiten und die Einbindung der Gastronomie bereitgestellt werden. Die Hürden für den Markteintritt, besonders für lokale Gastronomiebetriebe, sollen gesenkt und Marktgebühren auf mögliche Senkungen überprüft werden. Auch wird angestrebt, personelle Engpässe bei Marktmeistern zu beheben, um den reibungslosen Betrieb sicherzustellen.

Einzelhandel

Die Beteiligung des Einzelhandels an verkaufsoffenen Sonntagen sollte vereinfacht werden, ohne dass eine besondere Veranstaltung in unmittelbarer Nähe erforderlich ist. Gemäß § 8 Abs. 1 des Hamburgischen Ladenöffnungsgesetzes sind jährlich bis zu vier verkaufsoffene Sonntage aus Anlass besonderer Ereignisse zulässig, die für die ortsansässige Bevölkerung sowie für Bewohnerinnen und Bewohner angrenzender Bezirke attraktiv sind. Die derzeitige Praxis, zusätzliche Anforderungen wie die Nähe zu spezifischen Veranstaltungen zu stellen, ist nicht eindeutig durch das Landesgesetz gedeckt, was zu Unsicherheiten führt. Dies benachteiligt insbesondere kleinere Händler, die nicht in entsprechenden Initiativen organisiert sind. Daher sollte im Rahmen von Stadtteilfesten die Erteilung zusätzlicher Sondergenehmigungen geprüft werden.

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, das bestehende, mittlerweile fünf Jahre alte Konzept zu überarbeiten und zu aktualisieren, um daraus konkrete Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen. Gleichzeitig soll die Sichtbarkeit und Vernetzung des lokalen Einzelhandels durch gebündelte bezirkliche Unterstützungsmaßnahmen gestärkt werden.

Nutzung öffentlicher Flächen

Die Koalitionspartner setzen sich für den Abbau bürokratischer Hürden und Auflagen bei der Nutzung öffentlicher Flächen, beispielsweise für Flohmärkte, ein. Genehmigungsprozesse sollen vereinfacht und zugänglicher gestaltet werden. Gleichzeitig soll die Genehmigungsfähigkeit von Außenplätzen für die gas-

tronomische Nutzung erweitert werden, um die Attraktivität des öffentlichen Raums zu erhöhen und lokale Betriebe zu unterstützen.

Um den Zugang zu kulturellen und sozialen Angeboten für alle Bevölkerungsgruppen zu verbessern, setzen wir uns für die Gebührenbefreiung oder deren Reduzierung bei nicht-kommerziellen Veranstaltungen in unserem Bezirk Hamburg-Nord ein. Kleine Vereine, Initiativen und gemeinnützige Einrichtungen sollen durch eine Gebührenfreistellung oder einen speziellen Gemeinnützigkeitstarif entlastet werden. Dies ermöglicht es ihnen, Veranstaltungen und Angebote für die lokale Gemeinschaft kostengünstiger oder sogar kostenlos anzubieten und so die Teilhabe aller Bürger am gesellschaftlichen Leben zu fördern.

Insbesondere für kleinere Akteure, die aufgrund ihrer begrenzten finanziellen Mittel oft in der Planung und Durchführung von Veranstaltungen eingeschränkt sind, stellt diese Maßnahme einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft dar. Sie trägt dazu bei, ein inklusives und vielfältiges Kultur- und Vereinsleben in Hamburg-Nord zu unterstützen und zu gewährleisten, dass auch weniger finanzstarke Bürger von den Angeboten profitieren können.

Den Flughafen fördern und gesellschaftsverträglich weiterentwickeln

Wir möchten den Hamburg Airport „Helmut Schmidt" als Innovations- und Arbeitsort erhalten, fördern und gesellschaftsverträglich weiterentwickeln. Hierfür drängen wir darauf, dass bestehende wissenschaftliche Kooperationen mit anderen Einrichtungen der Stadt, beispielsweise im Bereich des emissions- und geräuscharmen Fliegens, verfestigt und neue Kooperationen aufgebaut werden. Wir setzen uns auch weiterhin für Lärmschutz durch die konsequente Einhaltung des Nachtflugverbots ab 23 Uhr und die bestehenden Betriebszeiten ein.

Bekenntnis zum Gesundheits- und Wissenschaftsstandort UKE

Es soll sich gemeinsam für die Unterstützung der Weiterentwicklung des UKE-Campus eingesetzt werden, um dessen Bedeutung und Potenzial für den Bezirk zu stärken. Gleichzeitig soll die bezirkliche Verkehrsplanung die unterschiedlichen Verkehrsflüsse berücksichtigen, wobei ein Schwerpunkt auf der Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen liegt.

Fachkräftesicherung und bessere Arbeitsbedingungen

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, Jugendliche in Schulen besser über die Angebote der Jugendberufsagentur und die verschiedenen Ausbildungsberufe zu informieren. Gleichzeitig sollen die Angebote des Hamburg-Nord-Welcome-Centers bekannter gemacht werden, um die Anwerbung internationaler Fachkräfte zu erleichtern und Expats durch vereinfachte Prozesse zu unterstützen.

Ausbau der digitalen Infrastruktur

Die Koalitionspartner setzen sich für den Ausbau des Zugangs zum öffentlichen WLAN ein, indem neue Standorte in der öffentlichen Infrastruktur geprüft und einheitliche Sicherheitsstandards etabliert werden. Zudem soll das Bezirksamt eine Zustandserhebung zum Glasfaserausbau durchführen, damit sich Gewerbetreibende im Bezirk über den aktuellen Stand und die Anschlussmöglichkeiten informieren können.

Digitale Prozesse in der Verwaltung

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, das Potenzial digitaler Technologien im Bezirk zu nutzen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, um die Effizienz und den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern. Dabei sollen Beschäftigte aktiv begleitet und befähigt

werden, die Digitalisierung im internen und externen Austausch sowie im Datenmanagement mitzugestalten. Die Einführung gängiger Zahlungsmethoden im Bezirksamt Hamburg-Nord wird angestrebt, wobei eine Vereinheitlichung dieser Optionen auf alle Bezirksämter in Abstimmung mit dem Hamburg-Login im Fokus steht.
Die Koalitionspartner setzen sich für die Prüfung digitaler Sprechstunden und die Bereitstellung von Informationen zu relevanten Baustellen ein. Open-Data-Initiativen sollen unterstützt werden, wenn Potenziale identifiziert werden.

Vorantreiben der Integration von Künstlicher Intelligenz (KI) in die bestehenden Verwaltungssysteme

Die Koalitionspartner erkennen das Potenzial von Künstlicher Intelligenz (KI) an und setzen sich dafür ein, ihren Einsatz in der Arbeit des Bezirksamts zu fördern.

Die Möglichkeit der automatisierten Übersetzung von Dokumenten, Anträgen und Verträgen per Mausklick in verschiedene Sprachen oder „einfache Sprache“ mithilfe von KI-Übersetzungstools wird ebenfalls geprüft, wobei rechtliche Vorgaben berücksichtigt werden.

Verbesserung der Cybersicherheit und des Datenschutzes im Bezirksamt

Gemeinschaftlich soll sich dafür eingesetzt werden, dass das Bezirksamt weiterhin angemessene Datenschutz- und Cyber-Sicherheitsmaßnahmen umsetzt, um die Sicherheit sensibler Daten zu gewährleisten.

Die Bezirksversammlung als positives Beispiel für die Nutzung digitaler Hilfsmittel

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass der neue Sitzungssaal der Bezirksversammlung mit moderner Technik ausgestattet wird, um Live-Streams der Sitzungen zu ermöglichen. Zudem soll bezirksübergreifend geprüft werden, wie die Informationsbereitstellung über die Bezirksversammlung verbessert und modernisiert werden kann, um Bürgerinnen und Bürgern einen niederschwelligen Zugang zu Entscheidungen und Prozessen der Bezirksversammlung zu bieten.

Smart-City-Konzepte

Die Koalitionspartner setzen sich für die Prüfung und Pilotierung ausgewählter Smart-City-Konzepte ein, um die städtische Infrastruktur nachhaltig zu verbessern. Dazu gehören beispielsweise die Nutzung smarter Müllcontainer und digitaler Anwendungen zur Optimierung der Abfallwirtschaft sowie zur Förderung der Müllzirkularität durch Anreizsysteme. Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung von Verkehrs- und Umweltsensorik, um eine intelligente Verkehrssteuerung zu ermöglichen, die sowohl Zeitersparnis als auch eine Reduktion der Schadstoffbelastung im Stadtgebiet unterstützt.

Haushalt und Vergabe

Die Koalitionspartner möchten bei der Vergabe von bezirklichen Sondermitteln die Transparenz und das Informationsangebot für Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Dies soll insbesondere durch die Darstellung geförderter Projektbeispiele durch die zuständigen Stellen des Bezirksamtes erfolgen.

Die bisherigen bestehenden Fördermöglichkeiten sollen erhalten bleiben. Das betrifft die zur Verfügung stehenden bezirklichen Sondermittel, aber auch die einzelnen Förderfonds. Letztere sollen jedoch nach zwei Jahren, spätestens aber zur Halbzeit der Mittelvergabe, evaluiert werden. Im Rahmen der Evaluation soll geprüft werden, ob die mit den Mitteln verfolgten Zwecke erreicht wurden und eine Fortsetzung in der

bestehenden Form oder eine Neuausrichtung sinnvoll ist.

Gezielt gefördert werden sollen in der kommenden Legislatur beispielsweise Projekte im Bereich der Digitalisierung (Bildungsdigitalisierung, Angebote im Bereich der Digitalisierung für Senioren und Seniorinnen), Innovation, beispielsweise auch mit wirtschaftlichem Schwerpunkt, Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie, Maßnahmen der Sozialen Arbeit, weitere Sportförderung, Maßnahmen im Bereich des freiwilligen Engagements, beispielsweise im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr oder des Katastrophenschutzes und Maßnahmen zur Verbesserung des Grüns im Bezirk.

Sparsames Haushalten erfordert stets einen sinnvollen Einsatz der begrenzten öffentlichen Mittel.

Bei der Mittelvergabe werden die Koalitionspartner nachhaltige Aspekte des Klimaschutzes bei der Bewertung besonders mit in den Blick nehmen.

Die Koalitionspartner sind gemeinsam der Auffassung, dass die Landesebene die Bezirke und so auch den Bezirk Hamburg-Nord personell und finanziell auskömmlich für die von ihnen wahrzunehmende Aufgabenerfüllung ausstatten muss und setzen sich mit ihren politischen Möglichkeiten dafür ein.

Im Vergabeausschuss setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, dass die Verwaltung die vom Bezirksamt vergebenen Aufträge aktiv vorstellt, statt nur auf Nachfragen der Ausschussmitglieder zu reagieren, und der Ausschussdienst den Vergabeausschuss so begleitet wird, dass ein Protokoll der Sitzung erstellt wird.

Lena Otto

Alexander Kleinow

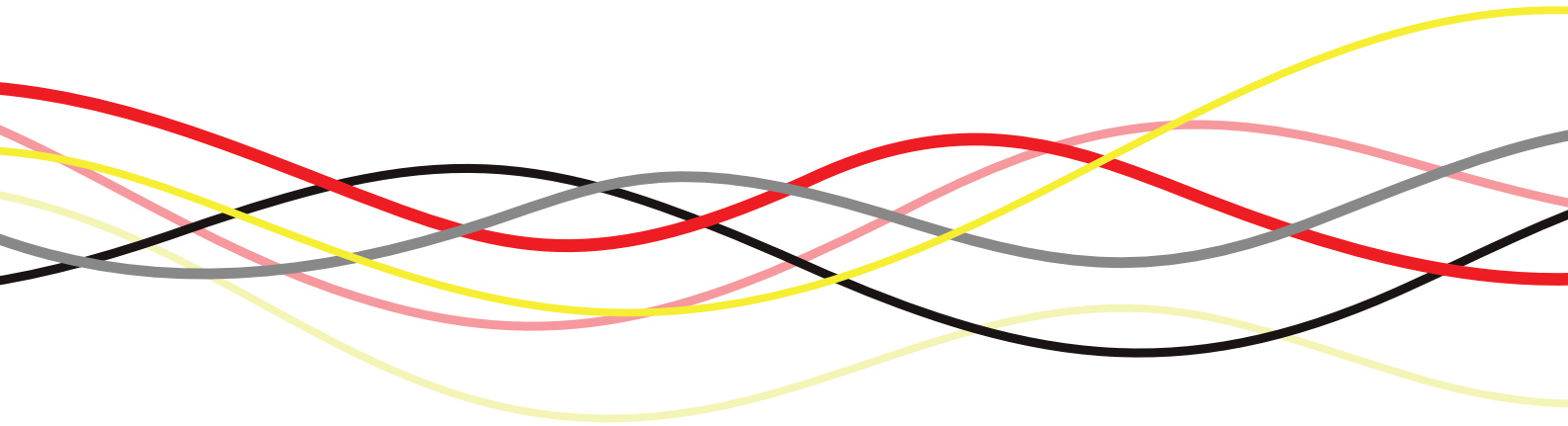
Tina Winter

Christoph Ploß

Martin Fischer

Ron Schumacher

Claus-Joachim Dickow



SPD Hamburg-Nord

CDU Kreisverband Hamburg-Nord

Freie Demokraten Bezirksverband Hamburg-Nord FDP